

Anfragen: Novembersession 2015

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Finanzdirektion FIN			
3	Schnegg Pierre Alain, Champoz (SVP)	Nichteinhaltung der Zahlungsmodalitäten durch Frankreich	2
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
1	Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)	Haben die ÖV-Nutzerinnen und ÖV-Nutzer bei der BLS-Rollmaterialbeschaffung nichts zu sagen?	3
Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF			
4	Bhend Patric, Steffisburg (SP)	Änderung des Pensionskassengesetzes	4
7	Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg (SVP)	Warum werden Kaderstellen an öffentlichen Berner Spitälern nicht ausgeschrieben?	5
Erziehungsdirektion ERZ			
5	Brönnimann Thomas, Mittelhäusern (glp)	Schulpflichtige Flüchtlingskinder – Szenarien für 2016	6
6	Brönnimann Thomas, Mittelhäusern (glp)	Ausbildung und Beschäftigung für UMA – Szenarien für 2016	7
8	Geissbühler-Strupler Sabina, Herrenschwanden (SVP)	Welche finanziellen und personellen Konsequenzen haben die vorgeschlagenen Standortwechsel betreffend die Fachhochschule Burgdorf und die Lehrwerkstätten Bern?	8
9	Köpfli Michael, Bern (glp)	Unbefriedigende Situation bei Ersatzanschaffungen des Französischlehrmittels «Clin d'oeil»	9
11	Vanoni Bruno, Zollikofen (Grüne)	Zeugnis schon im Kindergarten: Haltung des Kantons Bern zu Expertenvorschlägen der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK-D)	10
Volkswirtschaftsdirektion VOL			
2	Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)	Was beinhaltet die Initiative «50plus» für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?	11
Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK			
10	Vanoni Bruno, Zollikofen (Grüne)	Lokale Umsetzung der Energiewende erleichtern – zum Beispiel durch sinnvolle Umnutzungen in der Landwirtschaftszone?	12
12	Rüegsegger Hans Jörg, Riggisberg (SVP)	ESP Lyssachsachen	13



Anfragen Novembersession 2015

Anfrage 3

Urheberin/Urheber: **Schnegg Pierre Alain,
Champoz (SVP)**

Beantwortet durch: **FIN**

Nichteinhaltung der Zahlungsmodalitäten durch Frankreich

Bereits zum zweiten Mal nach 2013 missachtet Frankreich seine Pflichten. Frankreich hat einseitig beschlossen, die der Schweiz geschuldeten Grenzgängersteuern nicht fristgerecht zurückzuerstatten.

Diese Situation ist inakzeptabel und ist Zeichen mangelnder Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit eines Landes, das zu den sogenannten Motoren der Europäischen Union gezählt wird.

Zur Erinnerung: Frankreich schuldet der Schweiz (d. h. mehreren Kantonen) einen Betrag von über 290 Millionen Franken. Dies entspricht 4,5 Prozent der Bruttolohnsumme, die an die Grenzgängerinnen und Grenzgänger ausgerichtet wird, bzw. einer Gesamtlohnsumme von rund 6,5 Milliarden Franken, welche die Schweizer Unternehmen an die Grenzgängerinnen und Grenzgänger zahlen (mit Ausnahme des Kantons Genf, der begriffen hat, dass man dem Nachbarland nicht trauen kann, und es vorzieht, die Steuern selbst einzuziehen). Das Verhalten Frankreichs in dieser Angelegenheit ist jämmerlich und stellt die französische Politik und die Glaubwürdigkeit der französischen Politikerinnen und Politiker in Frage. Fragen wirft aber auch die sehr abwartende bzw. kuschende Haltung der Schweiz auf, obwohl sie sich in einer Position befindet, die es ihr erlauben würde, strenger und bestimmter vorzugehen.

Alle Unternehmen versuchen, offene Positionen gut zu verwalten und die nötigen Massnahmen zu ergreifen, wenn die mit den Schuldnern festgelegten Regeln nicht eingehalten werden. Anders sieht es aber anscheinend mit der Schweiz und den Schweizer Kantonen aus, die nichts unternehmen und regelmässig versuchen, sich dem politischen EU-Gebilde anzunähern, das einfach nur unglaublich und ineffizient ist.

Diese Situation stellt im Übrigen eine schwerwiegende Diskriminierung der Bürgerinnen und Bürger unseres Kantons dar, die bei einer verspäteten Bezahlung ihrer Steuern Verzugszinsen bezahlen müssen, was in Bezug auf Frankreich aber überhaupt nicht der Fall zu sein scheint.

Fragen:

1. Was gedenkt der Kanton Bern angesichts der Tatsache, dass Frankreich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, und im Wissen darum, dass es mit einer Quellenbesteuerung definitiv nicht mehr zu solchen Situationen kommen würde, zu unternehmen, damit sich diese Situation nicht wiederholt?
2. Kommt es für den Regierungsrat angesichts der offensichtlichen Diskriminierung bernischer Bürgerinnen und Bürger gegenüber französischen Grenzgängerinnen und Grenzgängern in Betracht, alle gleich zu behandeln und unverzüglich darauf zu verzichten, den Steuerpflichtigen, die ihre Steuerrechnungen nicht pünktlich zahlen, Verzugszinsen in Rechnung zu stellen, wie dies für Frankreich zu gelten scheint, um so wieder eine Gleichbehandlung herzustellen?
3. Was hält der Regierungsrat von Frankreichs Methoden, einem Land, das zu den Wirtschaftsmotoren der EU gehört?

Anfragen Novembersession 2015**Anfrage 1**Urheberin/Urheber: **Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)**Beantwortet durch: **BVE****Haben die ÖV-Nutzerinnen und ÖV-Nutzer bei der BLS-Rollmaterialbeschaffung nichts zu sagen?**

Die BLS hat über ihre grösste Rollmaterialbeschaffung aller Zeiten informiert. Für eine Milliarde Franken sollen 65 neue Züge gekauft werden, die ab 2021 in Betrieb genommen werden sollen. Im Gegensatz zu anderen Kompositionen sollen die neuen Züge zwei Toiletten pro Einheit verfügen. Auf eine Befragung der ÖV-Nutzerinnen und ÖV-Nutzer hat die BLS verzichtet. Stattdessen hat sie einen Workshop mit der Bahnkundenorganisation Pro Bahn durchgeführt, deren Präsident allerdings davon nichts weiss (zudem wurde die zweite Kundenorganisation im Gebiet der BLS – die Interessengemeinschaft öffentlicher Verkehr – nicht einbezogen).

Fragen:

1. Hat die Anzahl Toiletten eine Auswirkung auf die Angebote nach stationären Toiletten an den BLS-Bahnhöfen?
2. Welche finanziellen Auswirkungen hat die Rollmaterialbeschaffung auf den Kanton Bern?
3. Erachtet es der Regierungsrat als richtig, dass die BLS – anders als die RBS – auf eine Befragung der ÖV-Nutzerinnen und ÖV-Nutzer im Rahmen der neuesten Rollmaterialbeschaffung verzichtet hat?

Anfragen Novembersession 2015**Anfrage 4**Urheberin/Urheber: **Bhend Patric, Steffisburg (SP)**Beantwortet durch: **GEF****Änderung des Pensionskassengesetzes**

Aufgrund der Änderung des Pensionskassengesetzes fallen bei Institutionen, die bei den beiden betroffenen Pensionskassen angeschlossen sind, substanzielle Mehrkosten an. Dazu habe ich in der Septembersession bereits eine Interpellation eingereicht.

Bei Institutionen mit einem Restkosten-Finanzierungsmodell steht schon bald die Abrechnung des Jahres 2015 an. Beim Abschluss der Leistungsverträge im Jahr 2014 waren der Ausgang der Volkabstimmung und die damit verbundenen Auswirkungen den betroffenen Institutionen unbekannt. Die meisten Institutionen haben deshalb in ihren Verträgen mit dem Kanton Bern die Kostensteigerung bei den Arbeitnehmerbeiträgen nicht eingerechnet.

Bei der nun anstehenden Abrechnung müssten viele Betriebe die verbindlich vereinbarte Kostenobergrenze überschreiten dürfen, damit die Mehrkosten gedeckt werden können.

Zudem stehen bereits die Abschlüsse der Leistungsverträge für das Jahr 2016 vor der Tür.

Fragen:

1. Wie wird der Regierungsrat mit Institutionen mit Restkostenfinanzierung bei der Abrechnung 2015 umgehen, die von der oben beschriebenen Änderung betroffen sind?
2. Ist vorgesehen, dass die Kostenobergrenzen bei den betroffenen Institutionen im Rahmen des Leistungsvertrags 2016 um die Summe der seit Anfang 2015 anfallenden Mehrkosten bei den Arbeitnehmerbeiträgen angehoben werden?

Anfragen Novembersession 2015**Anfrage 7**

Urheberin/Urheber: **Krähenbühl Samuel,
Unterlangenegg (SVP)**

Beantwortet durch: **GEF**

Warum werden Kaderstellen an öffentlichen Berner Spitälern nicht ausgeschrieben?

Im Spital Thun wurde ein neuer Leiter der chirurgischen Klinik ernannt, ohne dass die Stelle ausgeschrieben wurde und obschon der neue Stelleninhaber deutscher Nationalität nicht über die notwendigen Diplome verfügte. Auch im Inselspital wurde kürzlich offenbar neu eine leitende Stelle für Tumorchirurgie an der Universitätsklinik für Orthopädische Chirurgie und Traumatologie (Inselspital) unter der Hand und ohne Ausschreibung vom aus Deutschland stammenden Leiter der Klinik ebenfalls an einen deutschen Staatsangehörigen vergeben.

Fragen:

1. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat, damit in Zukunft wieder gewährleistet ist, dass Kaderstellen an den öffentlichen Spitälern ausgeschrieben werden, damit Schweizer Ärzte ebenfalls eine Chance haben und nicht nur ausländische Staatsangehörige?
2. Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, dass auch am Inselspital eine leitende Stelle für Tumorchirurgie ebenfalls unter der Hand ohne Ausschreibung vergeben wurde?
3. Hat der Regierungsrat Kenntnis von weiteren Fällen, wo Kaderstellen in den öffentlichen Spitälern des Kantons Bern unter der Hand und ohne Ausschreibung vergeben wurden?

Anfragen Novembersession 2015**Anfrage 5**

Urheberin/Urheber: **Brönnimann Thomas,
Mittelhäusern (glp)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Schulpflichtige Flüchtlingskinder – Szenarien für 2016

Die neusten Zahlen und die internationale Situation weisen darauf hin, dass sich die Schweiz und der Kanton Bern auf eine stark zunehmende Zahl von Flüchtlingen einstellen müssen. Unter den Flüchtlingen hat es auch vermehrt Kinder und Jugendliche. Dies stellt das bernische Schulwesen, die Gemeinden und Lehrpersonen vor grosse Herausforderungen. Die bisherigen DAZ-Kurse erscheinen zumindest in ihrer bisherigen Form (Dauer, Zielgruppe) als nicht mehr ausreichend.

Fragen:

1. Sind für das Budget 2016 genügend Mittel eingestellt, um die Gemeinden bei einer Verdreifachung von schulpflichtigen Flüchtlingskindern ausreichend zu unterstützen?
2. Welche Angebote plant der Kanton zusätzlich zu den DAZ-Kursen für 2016?
3. Plant der Kanton Bern gemeindeübergreifende Angebote oder gar eine Zusammenarbeit mit dem Bund im Zusammenhang mit dem Bundesasylzentrum Zieglerspital?

Anfragen Novembersession 2015

Anfrage 6

Urheberin/Urheber: **Brönnimann Thomas,
Mittelhäusern (glp)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Ausbildung und Beschäftigung für UMA – Szenarien für 2016

Die neusten Zahlen und die internationale Situation weisen darauf hin, dass sich die Schweiz und der Kanton Bern auf eine stark zunehmende Zahl von Flüchtlingen einstellen müssen. Unter den Flüchtlingen hat es auch vermehrt Kinder und Jugendliche. Dies stellt das bernische Schulwesen, die Gemeinden und Lehrpersonen vor grosse Herausforderungen.

Fragen:

1. Sind für das Budget 2016 genügend Mittel eingestellt, um einer Verdoppelung von UMA zu begegnen.
2. Welche Massnahmen sind im Bereich der Integrationsklassen für 2016 geplant?
3. Plant der Kanton auf UMA zugeschnittene Anlehren oder Beschäftigungsprogramme?

Anfragen Novembersession 2015

Anfrage 8

Urheberin/Urheber: **Geissbühler-Strupler Sabina,
Herrenschwanden (SVP)**

Beantwortet durch: **ERZ**

Welche finanziellen und personellen Konsequenzen haben die vorgeschlagenen Standortwechsel betreffend die Fachhochschule Burgdorf und die Lehrwerkstätten Bern?

Nach Medienberichten sollen Burgdorf, trotz Grossratsbeschluss, alle Departemente entzogen werden und dafür dort die Lehrwerkstätten angesiedelt werden.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat einverstanden mit der Annahme, dass die Räumlichkeiten in Burgdorf nach dem Wegzug des Departements Technik/Architektur usw. nach Biel für eine Ansiedlung des Departements Wirtschaft ausreichen würden?
2. Welche finanziellen und personellen Auswirkungen hätte ein Umzug der Lehrwerkstätten von Bern nach Burgdorf?
3. Was würde mit den in Bern, aber auch in Burgdorf leerstehenden Gebäuden geschehen?

Anfragen Novembersession 2015**Anfrage 9**Urheberin/Urheber: **Köpfli Michael, Bern (glp)**Beantwortet durch: **ERZ****Unbefriedigende Situation bei Ersatzanschaffungen des Französischlehrmittels «Clin d'oeil»**

Von Lehrerinnen und Lehrern wurde mir zugetragen, dass es beim Französischlehrmittel «Clin d'oeil» Probleme bei Ersatzanschaffungen gibt. Offenbar muss das 6-teilige Lehrmittel jedes Mal vollumfänglich neu gekauft werden, wenn ein/e Schüler/in einen Teil verliert – was regelmässig vorkommt. Dies verursacht unnötig Kosten.

Fragen:

1. Stimmt es, dass das Französischlehrmittel «Clin d'oeil» nur als Paket beschafft werden kann?
2. Falls ja, ist dieser Umstand für den Regierungsrat vertretbar oder ist er bereit, eine Lösung mit dem Hersteller/Vertreiber zu suchen?
3. Werden die Bedingungen für Ersatzanschaffungen vor der Einführung eines neuen Lehrmittels geprüft und berücksichtigt?

Anfragen Novembersession 2015**Anfrage 11**

Urheberin/Urheber: **Vanoni Bruno, Zollikofen (Grüne)** Beantwortet durch: **ERZ**

Zeugnis schon im Kindergarten: Haltung des Kantons Bern zu Expertenvorschlägen der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK-D)

Laut einem Bericht eines Sonntagsblatts vom 15.11.2015 (unter dem Titel «Zeugnis schon im Kindergarten») schlägt eine aus Experten und Kantonsvertretern zusammengesetzte Arbeitsgruppe im Auftrag der Konferenz der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren (EDK-D) vor, künftig bereits den Kindergartenkindern schriftliche Zeugnisse auszustellen. Darin soll der Besuch des Unterrichts bestätigt, aber (zumindest vorläufig noch?) auf eine Beurteilung der Leistung mittels Noten verzichtet werden. Die Zeugnisse sollen aber durch Beobachtungsbögen ergänzt werden können, in denen die Fortschritte der Kinder festgehalten werden.

Im Hinblick auf die Umsetzung des Lehrplans 21 und den Bestrebungen der Gegnerschaft ist es wichtig, rasch Klarheit über den Inhalt und den Stellenwert des Expertenberichts zu schaffen und die Haltung des Kantons Bern dazu aufzuzeigen.

Fragen:

1. Ist mit der Einführung des Lehrplans 21 in der Deutschschweiz und insbesondere im Kanton Bern wirklich die Absicht verbunden, bereits im Kindergarten (also für Kinder ab 4 Jahren) Zeugnisse auszustellen und die wissenschaftlich zumindest umstrittene Beurteilung mittels Noten (im Kanton Bern ab dem 3. Schuljahr vorgesehen) auf jüngere Kinder auszudehnen?
2. Sind gesamt(deutsch)schweizerische Vorschriften geplant bzw. in Ausarbeitung, wie die Beurteilung von Kindergarten- und Schulkindern künftig vereinheitlicht erfolgen soll?
3. Ist die Befürchtung berechtigt, dass die Belastung der Lehrpersonen durch eine auf den Lehrplan 21 ausgerichtete Beurteilung nochmals zunehmen wird, weil noch mehr administrativer Aufwand und zusätzlicher Papierkram drohen?

Anfragen Novembersession 2015**Anfrage 2**Urheberin/Urheber: **Wüthrich Adrian, Huttwil (SP)**Beantwortet durch: **VOL****Was beinhaltet die Initiative «50plus» für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?**

Die Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern hat an einer Mittagsveranstaltung den Fachkräftemangel und ältere Mitarbeitende zu aktuellen Themen gemacht. Das Problem ist richtig erkannt: Die Integration der älteren Mitarbeitenden in den Betrieben ist oft mangelhaft. Bei den über 50-Jährigen besteht angesichts der Demografie in Zukunft ein grosses Potenzial. Der Kanton Bern wird älter. Massnahmen zum Erhalt der Arbeitsmarktfähigkeit der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen gefördert werden.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass eine Laufbahnberatung in der Lebensmitte (ca. Alter 40) zu einem neuen Standard werden soll, von dem alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren können, damit ihrer Dequalifizierung entgegengetreten werden kann?
2. Welche Massnahmen beinhaltet die Initiative «50plus», die an der oben genannten Mittagsveranstaltung vorgeschlagen wurde?
3. Ist der Kanton Bern bereit, die Initiative «50plus» als Arbeitgeber auch zu unterstützen?

Anfragen Novembersession 2015**Anfrage 10**

Urheberin/Urheber: **Vanoni Bruno, Zollikofen (Grüne)** Beantwortet durch: **JGK**

Lokale Umsetzung der Energiewende erleichtern – zum Beispiel durch sinnvolle Umnutzungen in der Landwirtschaftszone?

Die Gemeinde Bolligen arbeitet seit rund zwei Jahren an einem Projekt für eine Fernwärmeversorgung, die jährlich 1,8 Millionen Liter Heizöl einsparen und durch erneuerbare Energie aus einheimischen Holzschnitzeln ersetzen soll. Nun hat der Gemeindepräsident in Medienberichten Alarm geschlagen, weil die nötige Heizzentrale nicht rasch genug am idealsten der erwogenen Standorte realisiert werden könne: Die benötigte Bewilligung für die Umnutzung des (bereits mit einer landwirtschaftlich nicht mehr genutzten Scheune überbauten) Areals in der Landwirtschaftszone sei nicht erhältlich. Das unter Zeitdruck stehende Projekt – in verschiedenen Überbauungen müssen die bestehenden Ölheizungen saniert werden, was einmalige Gelegenheiten zum Umsteigen auf erneuerbare Fernwärme gibt – muss nun weniger geeignete Standorte für die Heizzentrale weiterverfolgen und könnte dadurch erschwert, wenn nicht gefährdet werden.

Weil das Projekt eine mustergültige Umsetzung der kantonal längst angestrebten Energiewende 2050 und der kantonalen Energiestrategie 2006 auf lokaler Ebene darstellt, wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat nicht doch bereit, die Umnutzung des Areals (einer landwirtschaftlich nicht mehr genutzten Scheune) in der Landwirtschaftszone in der Gemeinde Bolligen für den Bau einer Heizzentrale (für eine Fernwärmeversorgung mit erneuerbarer Energie) ausnahmsweise zuzulassen?
2. Wenn nein, welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, damit künftig bei ähnlichen Umnutzungsfragen die Interessenabwägung stärker zugunsten der lokalen Umsetzung der Energiewende und der kantonalen Energiestrategie vorgenommen werden kann?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die Umsetzung der Energiewende und der Energiestrategie auf lokaler Ebene durch entsprechend initiative Gemeinden zu erleichtern und sieht er dazu allenfalls gesetzgeberischen oder anderweitigen Handlungsbedarf?

Anfragen Novembersession 2015

Anfrage 12

Urheberin/Urheber: **Rüegsegger Hans Jörg,
Riggisberg (SVP)**

Beantwortet durch: **JGK**

ESP Lyssachsachen

Im Zusammenhang mit dem Projekt Verkehrssanierung Burgdorf-Oberburg-Hasle ist der ESP Lyssachsachen ein Thema. Folgende Fragen stehen dabei im Vordergrund:

Fragen:

1. Welche Priorität hat der ESP Lyssachsachen in Bezug auf die anderen ESP-Standorte aus Sicht des Kanton?
2. Inwiefern wurde ein realisierter ESP in den Verkehrsszenarien zur Verkehrssanierung Burgdorf-Oberburg-Hasle berücksichtigt?
3. Wer ist für die Koordination der beiden Projekte zuständig?